

Stand: 16.09.2025 10:35:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/317

"Eine Batteriefabrik für Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/317 vom 13.02.2019
2. Mitteilung 18/546 vom 28.02.2019



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Annette Karl, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Ruth Müller SPD**

Eine Batteriefabrik für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekräftigt seinen Beschluss vom 18.09.2018 (Drs. 17/23842), dass Bayern Automobilland und die Automobilindustrie einer der herausragenden Wirtschaftsfaktoren in Bayern ist.

Deshalb unterstützt der Landtag grundsätzlich die Ergebnisse des Zukunftsforums Automobil vom 03.02.2019 und erwartet nachhaltige und umsetzbare Vorschläge der fünf Arbeitsgruppen bis Ende Mai 2019.

Gleichzeitig und unabhängig davon wird die Staatsregierung aufgefordert, im Landtag über ihre Strategie und Initiativen zu berichten, eine Batteriezellenfabrik in Bayern als Fundament eines Leitmarkts und Leitanbieters der E-Mobilität und als Grundlage künftiger freistaatlicher regionaler Wertschöpfung, anzusiedeln.

Ebenso wird die Staatsregierung aufgefordert, ihre Haltung bzw. Aktivitäten für eine Kooperation – „industrielle Südschiene“ – mit dem Automobilland Baden-Württemberg, 2017 bereits Initiator des „Strategiedialogs Automobilwirtschaft Baden-Württemberg“, vorzustellen.

Begründung:

In Bayern hängen rund 400.000 Arbeitsplätze direkt vom Fahrzeugbau ab, davon heute noch 80.000 unmittelbar vom Verbrennungsmotor. Die Fahrzeugindustrie mit ihren Zuliefer-, Komponenten- und Fahrzeugbetrieben hat für den bayerischen Wohlstand eine zentrale Bedeutung. Es müssen jetzt die richtigen Weichen gestellt werden, um Wirtschaftskraft im Freistaat perspektivisch zu halten und nicht zu verlieren. Für die bayerische Fahrzeugindustrie ist zudem zukunftsentscheidend, dass die Produktion neuer Technologien, wie beispielsweise der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Batteriefertigung, auch vor Ort angesiedelt wird. Das Herz des E-Autos – die Batteriezelle – darf ein Industrieland wie Bayern nicht fernöstlichen Industrieländern oder anderen deutschen Mitbewerbern überlassen.

„Batteriefertigung ist die Kerntechnologie der Elektromobilität, einer integrierten Zell- und Energieproduktion in Deutschland kommt daher entscheidende Bedeutung zu. Sie stärkt den Wirtschaftsstandort, baut die Zukunftsfähigkeit der Automobilindustrie als Schlüsselindustrie aus und stellt einen positiven Beitrag zur Energiewende dar. Für Bayern heißt das: Diese Entwicklungen müssen auch im Freistaat zügig auf den Weg gebracht werden, die Mitwirkung des Freistaates an dem Aufbau einer wettbewerbsfähigen Batteriezellenfertigung in Deutschland ist unerlässlich!...Einfluss auf die Zelle zu gewinnen bedeutet einerseits, die Kosten im Griff zu haben und andererseits, auch die Oberhand über Alleinstellungsmerkmale wie beispielsweise Leistung, Sicherheit und

Reichweite zu behalten.“... (Batteriezellen sind die Zukunft – Auszug Positionspapier der IG Metall Bayern).

Trotz des sogenannten Diesel-Gipfels der Staatsregierung vom 28.06.2017, dem am 21.06.2018 geschlossenen „Pakt zur Zukunft der Fahrzeugindustrie“ und dem jetzt am 03.02.2019 eingerichteten „Zukunftsforum Automobil“ machen nach jüngsten Presseberichten offenbar andere Bundesländer Industriepolitik „für“ Bayern, anstatt dass Bayern seine Industriepolitik selber macht. So soll die nordrhein-westfälische Landesregierung Gespräche mit mehreren namhaften Unternehmen zur Gründung einer Batteriefabrik führen. Die Gespräche scheinen sehr konkret und das Konsortium bewirbt sich schon um Fördergelder von Land, Bund und EU in dreistelliger Millionenhöhe. Was ist dagegen aus den Gesprächen der Staatsregierung mit dem Konsortium TerraE geworden?

Die Versäumnisse der Staatsregierung sind groß. Viel früher hätte man die absehbare Entwicklung mit den Unternehmen besprechen müssen, anstatt jetzt mit einem inhaltlich überschaubaren Zukunftsforum der industriepolitischen Realität erneut hinterherzuhinken. Bayern hat es längst auch versäumt wie Baden-Württemberg einen Transformationsbeirat aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik einzurichten, der den unaufhaltsamen Branchenwandel berät und gestaltet.



Mitteilung

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Markus Rinderspacher u.a.
SPD**

Drs. 18/317

Eine Batteriefabrik für Bayern

Der Antrag mit der Drucksachennummer 18/317 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt